

Think Tank Corner

■ Wirtschaftspolitische Beratung und ökonomische Spitzenforschung: Arbeitsteilung oder komplementäres Verhältnis?

Die wirtschaftspolitische Beratung in Deutschland erfolgt in der Regel nicht auf der Basis der Erkenntnisse der internationalen volkswirtschaftlichen Spitzenforschung. Dies ist der Hauptbefund einer empirischen Analyse zum Verhältnis von wirtschaftswissenschaftlicher Spitzenforschung und wirtschaftspolitischer Beratung in Deutschland, welche der Düsseldorfer Wettbewerbsökonom (und ZPB-Beiratsmitglied) Justus Haucap zusammen mit dem Erlangen-Münchener Volkswirt Michael Mödl vorgelegt hat.¹

Die Untersuchung geht folgendermaßen vor: zuerst identifiziert sie anhand von Ökonomen-Rankings aus Wirtschaftszeitungen wie dem Handelsblatt und anhand von Publikationen in internationalen Top-Fachzeitschriften („A-Journals“) der Wirtschaftswissenschaften die forschungstärksten in Deutschland lehrenden Ökonomen („Spitzenforscher“). Diese Namen werden mit jenen Ökonomen abgeglichen, die während der Legislaturperiode 2005-2009 besonders häufig für die Bundesregierung in Wirtschaftsfragen gutachteten und bei Anhörungen der wirtschaftsbezogenen Bundestagsausschüsse als Sachverständige auftraten. Ferner wurden die forschungstärksten deutschsprachigen Ökonomen mit den Autoren der in Ministerialbeamtenkreisen vielgelesenen Zeitschrift „Wirtschaftsdienst“ abgeglichen. Der Abgleich der Datensätze ergab, dass es zwischen der Gruppe der Spitzenforscher und der Gruppe der in wirtschaftspolitischen Beratung aktiven Ökonomen wenig bis keine Überschneidungen gibt. Die Studie räumt auch mit einem weiteren Mythos auf, der besagt, dass jüngere Ökonomen sich aus Karrieregründen der reinen Spitzenforschung widmen, um sich als erfahrene Volkswirte nach Erreichen des Zenits ihrer wissenschaftlichen Karriere der wirtschaftspolitischen Beratung zuzuwenden. Folgt man den Daten von Haucap und Mödl, sind ökonomische Spitzenforscher und wirtschaftspolitische Berater im deutschen Sprachraum zwei gänzlich unterschiedliche Gruppen von Ökonomen, die eher arbeitsteilig als komplementär vorgehen – die einen sind für die Spitzenforschung, die anderen für die Politikberatung zuständig.

Dass sich jüngere Ökonomen – und in leicht abgeschwächter Form auch andere Sozialwissenschaftler – die ernsthaft eine akademische Karriere an einer forschungstarken Universität anstreben, wesentlich stärker um Veröffentlichungen in begutachteten internationalen Spitzenzeitschriften und um die Teilnahme an internationalen Fachtagungen kümmern als um die Resonanz in öffentlichen Diskursen oder um Berücksichtigung in der Politikberatung, ist bekannt und wird durch die Daten Haucaps und Mödls bestätigt.

Doch weshalb ist das so? Ist es unausweichlich, dass sich Spitzenforschung und wirtschaftspolitische Relevanz in Deutschland ausschließen? Auch auf diese Fragen gibt der Bericht

Antworten. Einreichungen an internationale Top-Journals werden in der Regel von Gutachtern evaluiert, deren Hauptaugenmerk weniger auf inhaltlichen und kontextuellen Aspekten als auf methodischer und logischer Sauberkeit liegt. Dadurch, so die Argumentation, haben es Artikel, die Fragestellungen mit nationaler wirtschaftspolitischer Bilanz bearbeiten, schwerer als Beiträge mit abstrakterer und theoretischer Ausrichtung. Haucap und Mödl geben auch eine Erklärung, weswegen die Arbeitsteilung zwischen Spitzenforschung und wirtschaftspolitischer Relevanz in den USA weitaus schwächer ausgeprägt ist als etwa in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Die USA besäßen hier den Vorteil der größten nationalen Volkswirtschaft und des größten Leserkreises. Wirtschaftspolitisch für die USA relevante Fragestellungen ließen sich deswegen eher in den allgemeinen Fragen zuneigenden Top-Journalen unterbringen als Forschungen, die sich auf kleinere Volkswirtschaften bezögen und von weniger internationalem Interesse seien.

Wenn 80% der in der wirtschaftspolitischen Beratung sehr aktiven und sichtbaren universitären Volkswirte nicht zu den 100 Spitzenforschern der Volkswirtschaft im deutschen Sprachraum gehören, so wird die These von einer Arbeitsteilung zwischen zwei Typen von Wirtschaftswissenschaftlern plausibel: den Spitzenforschern einerseits und den Politikberatern andererseits.

Doch auch aus der Sicht der Think Tank Forschung ist die Studie aufschlussreich: Bisher stützte sich die These, wonach bei den Auftragnehmern für wirtschaftspolitische Beratung außeruniversitäre Forschungsinstitute, Think Tanks sowie Unternehmensberatungen einen immer größeren Raum einnehmen, weitgehend auf subjektive Eindrücke der in der Beratung aktiven Wissenschaftler. Die Studie von Haucap und Mödl bestätigt diese Tendenz in erheblichem Maße, insbesondere, was die Vergabe von Gutachten der Ministerien für Wirtschaft, Finanzen sowie Arbeit- und Sozialordnung angeht: 37,8% der Gutachten werden von privatwirtschaftlichen Akteuren, zu den auch Unternehmensberatungen, Verbände und Anwaltskanzleien gehören, angefertigt, knapp 36% von Wirtschaftsforschungsinstituten und immerhin 7,4% von anderen Think Tanks. Dagegen werden 16% der Gutachten von Hochschulwissenschaftlern (überwiegend Volkswirten) verfasst (vgl. Haucap & Mödl, 2013:13). Bei den Bundestagsanhörungen der den Ministerien zugeordneten Ausschüsse spielen die außeruniversitären Forschungsinstitute und Think Tanks dagegen eine deutlich geringere Rolle als bei den Gutachten. Bei den Ausschussanhörungen dominieren private Akteure – zumeist aus Interessenverbänden – die zu den Gesetzesvorhaben Stellung nehmen, gefolgt von Hochschulwissenschaftlern und den Vertretern öffentlicher Stellen,

1 Justus Haucap & Michael Mödl (2013). *Zum Verhältnis von Spitzenforschung und Politikberatung. Eine empirische Analyse vor dem Hintergrund des Ökonomenstreits*. DICE Ordnungspolitische Perspektiven No. 40. Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomie.

zu denen im Einzelfall auch Angehörige von Ressortforschungseinrichtungen gehören können (vgl. Haucap & Mödl, 2013:14).

Doch vielleicht gibt es auch noch einen – schwer messbaren – kulturellen Grund, weswegen die Arbeitsteilung zwischen ökonomischen Spitzenforschern und wirtschaftspolitisch beratenden Wissenschaftlern nicht nur in den USA, sondern auch in Großbritannien weniger ausgeprägt ist, als im deutschen Sprachraum. Der „kulturelle“ Grund könnte mit dem ursprünglichen Verständnis der Rolle von Think Tanks zu tun haben. Heute werden Think Tanks hauptsächlich als Politikanwälte (advocacy) wahrgenommen, die weltanschaulich festgelegte Lösungen für politische Fragen verbreiten. Ursprünglich – und viele Think Tanks gerade in der englischsprachigen Welt erfüllen diese Funktion weiterhin – sollten Think Tanks ‚Makler‘ (broker) zwischen den Erkenntnissen der weitgehend universitären Spitzenwissenschaft und den Beratungsbedürfnissen der potenziellen Anwender und Praktikern in Politik, Verwaltung und Gesellschaft sein. Dies setzt voraus, dass es zwischen der Spitzenforschung und der politischen Praxis keine prinzipiellen Berührungängste gibt und dass zwischen beiden Bereichen eine gewisse Durchlässigkeit gibt, die nicht karrierehemmend ist.

Vielleicht ist es mehr als ein Zufall, dass einer der ganz wenigen deutschsprachigen Ökonomen, der gemäß der Studie von

Haucap und Mödl einen oberen Platz in internationalen Forschungsrankings einnimmt – somit sehr forschungsstark ist – und der gleichzeitig in der wirtschaftspolitischen Beratung in Deutschland sichtbar ist, einen längeren Teil seines Werdegangs an der Universität Oxford in Großbritannien absolviert hat: die Rede ist vom neuen Direktor des politikberatenden Mannheimer Zentrums für europäische Wirtschaftsforschung ZEW, Clemens Fuest. Bleibt zu hoffen, dass Fuest kein Einzelfall bleibt, sondern es Räume und Orte in Deutschland geben wird, bei denen das Verhältnis von Spitzenforschung und Politikberatung ein komplementäres und kein rein arbeitsteiliges ist. Richtig verstandene Think Tanks könnten ein solcher Ort ein.

*Martin Thunert, Heidelberg Center for American Studies,
E-Mail: Martin.thunert@t-online.de*



Aus dem politischen Küchenkabinett

Eine kurze Kulturgeschichte der Kulinarik

Festschrift zum 65. Geburtstag von Professor Jakob Rösel

Herausgegeben von Ludmila Lutz-Auras und Pierre Gottschlich

2013, 374 S., geb., 74,- €, ISBN 978-3-8487-0104-9

Was haben Speiserituale mit Diplomatie und Politik zu tun? Wie entstand die eine oder andere Nationalküche? Diese und andere Fragen beantwortet der Sammelband zum Thema „Politik und Kulinarik“, welcher neben umfassenden und allgemeinen Beiträgen zahlreiche konkrete Fallbeispiele aus Südasien, Europa, den Nahen Osten, Nordamerika und Afrika umfasst.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.
Portofreie Buch-Bestellungen unter
www.nomos-shop.de/20270



Nomos